Vorlage Nr. 4209.1
Laufnummer 18809
Eingang 27. Oktober 2026

Kantonsrat des Kantons Zug
Stefan Moos
Kantonsratspräsident
Regierungsgebäude
Seestrasse 2
6300 Zug

Zug, 27. Oktober 2026

Kleine Anfrage betreffend finanzielle Auswirkungen des Wechsels von Schutzstatus S zur Aufenthaltsbewilligung B im Kanton Zug.

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Geschätzter Stefan Moos

Ausgangslage
Personen mit Schutzstatus S, die sich seit fünf Jahren in der Schweiz aufhalten, können eine Aufenthaltsbewilligung B erhalten. Dieser Statuswechsel hat erhebliche finanzielle Auswirkungen, da die bisher vom Bund getragenen Kosten künftig von den Kantonen und Gemeinden übernommen werden müssen.

Im Kanton Graubünden werden zwischen März und Dezember 2027 voraussichtlich rund 1'000 Personen mit Schutzstatus S eine Aufenthaltsbewilligung B erhalten. Dadurch könnten den Bündner Gemeinden Mehrkosten von rund 5 Millionen Franken entstehen, davon allein rund 2 Millionen Franken für die Stadt Chur.

Schweizweit rechnen die Kantone mit einer jährlichen Mehrbelastung von rund 300 Millionen Franken.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Personen mit Schutzstatus S leben aktuell im Kanton Zug und wie viele davon werden voraussichtlich im Jahr 2027 eine Aufenthaltsbewilligung B erhalten?
2. Mit welchen finanziellen Mehrkosten rechnet der Regierungsrat dadurch für den Kanton Zug und die elf Zuger Gemeinden?
3. Wie verteilen sich die erwarteten Mehrkosten auf die einzelnen Zuger Gemeinden?
4. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, um die finanziellen Mehrbelastungen für den Kanton und die Gemeinden möglichst gering zu halten?

Besten Dank für die Beantwortung der Fragen.

Alessandro Ehrbar, Kantonsrat Risch
Philip C. Brunner, Kantonsrat Stadt Zug